

Republikanische Bundesstaaten fordern den Obersten Gerichtshof auf, die Demokraten daran zu hindern, dem Rest des Landes ihre Klimaagenda aufzuzwingen

geschrieben von Andreas Demmig | 9. Juni 2024



NICK POPE Mitwirkender, 23. Mai 2024

Neunzehn republikanische Generalstaatsanwälte haben gegen fünf von den Demokraten kontrollierte Bundesstaaten Klage eingereicht. Sie behaupten, dass die „demokratischen“ Staaten versuchten, dem Rest des Landes auf illegale Weise eine aggressive Klimapolitik aufzuzwingen.

Die Koalition der roten (republikanischen) Staaten reichte die Klage am Mittwoch beim Obersten Gerichtshof ein und behauptete, dass die fünf blauen (demokratischen) Staaten – Kalifornien, Rhode Island, Connecticut, New Jersey und Minnesota – versuchen, eine Anti-Fossil-Agenda für das ganze Land durchzusetzen, und zwar unter anderem mit Klimaklagen gegen Ölkonzerne. Die Koalition der roten Staaten forderte den Supreme Court (Obersten Gerichtshof) auf, einzuschreiten, um festzustellen, ob diese von den Demokraten kontrollierten Staaten wirksam in die Energiepolitik anderer Staaten eingreifen dürfen.

„Die klagenden Staaten und ihre Bürger sind jeden Tag auf traditionelle Energieprodukte angewiesen. Die Behauptung, die beklagten Staaten könnten die Förderung, Produktion und Verwendung solcher Produkte über ihre Grenzen hinaus – aber außerhalb des Geltungsbereichs des Bundesgesetzes – regulieren, besteuern und verbieten, droht schwerwiegenden Schaden zu verursachen.“

(RELATED: ‘Grave Threat’: Calls Mount For SCOTUS To Intervene In Key Climate Lawsuit Against Major Energy Companies)

„Schwere Bedrohung“: Forderungen nach Intervention des Obersten Gerichtshofs in wichtiger Klimaklage gegen große Energieunternehmen werden lauter)

Die Koalition der Kläger forderte den Obersten Gerichtshof auf, die Klage im Kontext der Handelsklausel zu prüfen, die der Bundesregierung die Befugnis gibt, Angelegenheiten des zwischenstaatlichen Handels zu regeln, die außerhalb der Zuständigkeit eines Staates liegen. Zu den Staaten, die die Klage eingereicht haben, gehören Alabama, Alaska, Florida, Georgia, Idaho, Kansas, Mississippi, Missouri, Montana,

Nebraska, New Hampshire, North Dakota, Oklahoma, South Carolina, South Dakota, Utah, West Virginia und Wyoming.

„Im Wesentlichen wollen die beklagten Staaten eine globale Kohlenstoffsteuer für die traditionelle Energiewirtschaft“, heißt es in der Klage. „Unter Berufung auf die Angst vor einer Klimakatastrophe fordern sie massive Strafen, Gewinnherausgaben und Unterlassungsansprüche gegen Energieerzeuger aufgrund außerstaatlichen Verhaltens mit außerstaatlichen Auswirkungen.“

Die Klage bezieht sich auf Klimabeeinflussung, die von Minnesota und den anderen beklagten Staaten angemeldet wurden, als Beweis dafür, dass die fünf „blauen“ Staaten versuchen, die nationale Energielandschaft zu verändern, indem sie versuchen, hohe Vergleichszahlungen von traditionellen Energieunternehmen zu erzwingen. In vielen Fällen können die Drittanwaltskanzleien, die die Staatsanwälte bei der Durchsetzung dieser Schadensersatzklagen unterstützen, hohe Gewinne einstreichen, wenn sich die verklagten Energieunternehmen zu einem Vergleich entschließen.

„Die beklagten Bundesstaaten beanspruchen die Zuständigkeit, die Zukunft der amerikanischen Energieindustrie zu diktieren“, heißt es in der Klage. „Sie hoffen, dies nicht durch Einflussnahme auf die Bundesgesetzgebung oder durch Petitionen an Bundesbehörden zu erreichen, sondern indem sie Energieunternehmen durch staatliche Schadensersatzklagen, die nach Landesrecht vor staatlichen Gerichten geregelt sind, ruinöse Haftungs- und Zwangsmittel auferlegen.“

Der demokratische Generalstaatsanwalt von New Jersey, Matthew Platkin, zeigte sich zuversichtlich, dass der Oberste Gerichtshof nicht gegen ihn entscheiden werde, und bezeichnete die Beschwerde der roten Staaten als politisch motiviert.

„Wir sind stolz darauf, uns für die Einwohner und Verbraucher von New Jersey einzusetzen und den Betrug zu bekämpfen, den die größten Öl- und Gasunternehmen seit Jahrzehnten betreiben. Es ist eine Schande, dass andere Staaten versuchen, unsere Bemühungen, die Einwohner von New Jersey nach dem Recht von New Jersey zu schützen, zu behindern“, sagte Platkin in einer Erklärung. „Aber wir sind zuversichtlich, dass der Oberste Gerichtshof dies als den verzweifelten Trick erkennen wird, der es ist, und ihren Antrag ablehnen wird. In jedem Fall geht unsere wichtige Arbeit weiter.“

Der demokratische Generalstaatsanwalt von Connecticut, Chris Tong, gab am Mittwoch eine Erklärung ab, in der er die gegen seinen Staat eingereichte Beschwerde verspottete.

„Das muss eine Fake-Klage sein, die im Land der Fantasie eingereicht wurde. Ich lebe und arbeite in der realen Welt, wo ich mich auf tatsächliche Bedrohungen – wie die Klimakrise – für die Gesundheit und Sicherheit der Menschen in Connecticut konzentriere“, sagte

Tong. „Das ist reines parteipolitisches Theater und wird uns nicht davon abhalten, für die Verbraucher, Familien und unsere Umwelt in Connecticut zu kämpfen.“

Die Büros des demokratischen Generalstaatsanwalts von Minnesota, Keith Ellison, des demokratischen Generalstaatsanwalts von Rhode Island, Peter Neronha, und des demokratischen Generalstaatsanwalts von Kalifornien, Rob Bonta, reagierten nicht sofort auf Anfragen um Stellungnahme.

All content created by the Daily Caller News Foundation, an independent and nonpartisan newswire service, is available without charge to any legitimate news publisher that can provide a large audience. All republished articles must include our logo, our reporter's byline and their DCNF affiliation. For any questions about our guidelines or partnering with us, please contact licensing@dailycallernewsfoundation.org.

<https://dailycaller.com/2024/05/23/red-blue-states-supreme-court-climate-agenda/>

Übersetzt durch Andreas Demmig